

Bremerhaven, 28.04.2009

<b>Mitteilung Nr. MIT-AF 34/2009</b>		
zur Anfrage Nr. AF-34/2009 nach § 36 GStVV der CDU-Fraktion vom 23.04.2009		
<b>Thema: Einstellung Lehramtsanwärter</b>		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	<b>Ja</b>	Anzahl Anlagen: 2

**I Die Anfrage lautet:**

In den Schulen der Stadt absolvieren eine Reihe von Lehramtsanwärtern gegenwärtig ihre 2. Ausbildungsphase und leisten auch zur Zufriedenheit der jeweiligen Schulen gute Arbeit.

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele Lehramtswärter arbeiten zurzeit an den Schulen in Bremerhaven?  
(Gliederung nach Schularten)
2. Wie viele davon werden ihre Ausbildung bis zum Beginn nächsten Schuljahres abgeschlossen haben? (Gliederung nach Schulart)
3. Welche Fächer vertreten diese Lehrerinnen und Lehrer?
4. Wie viele davon haben sich davon für den Schuldienst in der Stadt beworben?
5. Welche Gespräche wurden durch das Schulamt mit diesen geführt, um ihnen eine Stelle in Bremerhaven anzubieten?
6. Wie viele der infrage kommenden Personengruppe werden für das kommende Schuljahr eingestellt?
7. Gibt es auf Bewerbungen der Lehramtswärter/-innen Absagen und worin liegen diese begründet?
8. Wie viele Lehramtswärter/-innen in Bremerhavener Schulen werden zum Schuljahr 2010/2011 ihre Ausbildung beenden?
9. Wann ist beabsichtigt, mit diesem Kolleginnen und Kollegen Gespräche zu führen, um sie für den Dienst an Bremerhavener Schulen zu werben?

**II Der Magistrat hat in seiner Sitzung am                    beschlossen, die Anfrage wie folgt zu beantworten:**

1. siehe Anlage 1
2. siehe Anlage 1
3. siehe Anlage 2
4. siehe Anlage 1
5. Gespräche mit den Referendaren werden durch die Schulleitungen geführt. Es handelt sich um dauerhafte Prozesse ohne terminliche Festlegungen, in denen grundsätzlich geklärt wird, ob Interesse an einer Einstellung in Bremerhaven besteht. Insbesondere in Mangelfächern wird sehr frühzeitig nach Aufnahme des Referendariats Kontakt zu den Lehramtsanwärtern und –anwärterinnen aufgenommen. Bei positiver Rückmeldung erfolgen Abstimmungsprozesse zwischen Schulleitung und Schulaufsicht zur Klärung der notwendigen Bedarfe für die Personalplanung und Berücksichtigung im Rahmen der Lehrbedarfsplanungen.
6. siehe Anlage 1
7. Absagen beruhen auf fehlenden Fachbedarfen bzw. Stellen, da die Stellenbesetzungen lediglich im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel erfolgen können.
8. siehe Anlage 1
9. siehe Frage 5

Schulz  
Oberbürgermeister